

Franz Joseph Buss (1803—1878)

Kirchenfreiheit, soziale Frage und demokratische Bewegung

Von Otto B. Roegele

Ein Gedankenexperiment: Nehmen wir an, ein deutscher Hochschullehrer, Mediziner und Jurist, Politiker frühsozialistischer Richtung, etwa aus der Schule der Saint-Simon, Fourier, Owen, hätte, elf Jahre vor dem »Kommunistischen Manifest« und neun Jahre vor Friedrich Engels' Buch über die Lage der Arbeiter in England, in einem deutschen Parlament die soziale Frage in ihrer ganzen Breite zur Sprache gebracht, – als erster deutscher Politiker das gewaltfreie Mittel der Massenpetitionen in großem Stil eingesetzt, um »Bürgerinitiativen« zum Erfolg zu führen, – als einer der Vorkämpfer des demokratischen Gedankens den organisatorischen Zusammenschluß eines großen Volksteils bewirkt, es gäbe wohl keine Stadt in Deutschland ohne einen Platz oder eine Straße mit seinem Namen; seine Lebensgeschichte wäre in Schulbüchern zu lesen; mindestens *eine* politische Partei des linken Spektrums reklamierte ihn als ihren Ahnherrn.

Nun gibt es einen solchen Mann, der freilich nicht für eine Richtung des Sozialismus in Anspruch genommen werden kann, sondern als führende Persönlichkeit der katholischen Erneuerung im 19. Jahrhundert zu bezeichnen ist: Franz Joseph Buss, geboren am 23. März 1803 in dem ehemals reichsfreien Städtchen Zell am Harmersbach, gestorben am 31. Januar 1878 in Freiburg im Breisgau, der Präsident des ersten deutschen Katholikentages in Mainz 1848. Franz Schnabel berichtet, Buss sei damals »der populärste Mann im katholischen Deutschland gewesen«¹; wie ist es möglich, daß er dem Bewußtsein der Späteren fast vollständig abhanden kam?²

Franz Joseph Buss stammte, wie man zu sagen pflegt, aus bescheidenen Verhältnissen³. Der Vater war zwar ein sehr angesehener Bürger, er hatte mehrere Male städtische Wahlämter versehen, war auch Bürgermeister gewesen; aber das Schneiderhandwerk, das er betrieb, brachte keine Reichtümer. Es fiel ihm schwer, die sieben Kinder zu ernähren. Franz Joseph fiel durch seine Begabung auf, die Anfangsgründe des Schulwissens brachte ihm ein Benediktiner-Pater bei, der nach der Säku-

¹ Franz Schnabel, Der Zusammenschluß des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1848. Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte, 29. Heft, 1919, S. 23.

² An literarischen Versuchen, die Erinnerung an Buss zu beleben, hat es nicht gefehlt. Franz Dor veröffentlicht 1912 bei Herder (Freiburg i. Br.) eine volkstümliche Biographie. Anton Retzbach publizierte 1928 im 36. Band der vom »Volksverein« in Mönchengladbach herausgegebenen Reihe »Führer des Volkes« einen Neudruck der »Fabrikrede« mit einem Lebensbild. Seit seiner (ungedruckten) Dissertation von 1921 hat sich Julius Dorneich immer wieder mit Buss beschäftigt; seine Beiträge zur »Neuen Deutschen Biographie« (Band III, S. 72–73, Berlin 1957) und zum »Staatslexikon« der Görres-Gesellschaft (6. Auflage, Band II, Sp. 334–336, Freiburg i. Br. 1958) fassen das Wichtigste zusammen und nennen die Literatur; sein Buch »F. J. Buss und die katholische Bewegung in Baden« soll in Kürze in der Sonderreihe des »Freiburger Diözesan-Archivs« erscheinen.

³ Über Herkunft und Heimat berichtet Adalbert Ehrenfried in »F. J. Ritter von Buss. Zum 100. Todestag«, Zell a. H. 1977, S. 13 ff.

larisierung der Abtei Gengenbach in Pension geschickt worden war. Später mußte er das Gymnasium in Offenburg besuchen, wo er sich bis zum Abitur durchlungerte.

Mit Siebzehn zog er an die Universität Freiburg und begann das Studium der Medizin. Die Armut blieb seine ständige Begleitung. Mit allerlei Nebenarbeiten finanzierte er Quartier und Kost, von zu Hause konnte er kaum Unterstützung erwarten. Die Zeit der Not hat Buss nie vergessen, auch nicht auf der Höhe seiner Erfolge und seines Ansehens. Er wußte, wie es Menschen zumute ist, die nicht wissen, was sie morgen essen sollen. Bei aller Gelehrsamkeit, die sich der Hochschullehrer in einem halben Jahrhundert intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung angeignete, hörte er nie auf, mit den »kleinen Leuten« zu sprechen. Sie haben ihn auch immer am besten verstanden und waren zu allen Zeiten seine treueste Gefolgschaft.

In Freiburg fand der junge Buss nicht nur Wohltäter, die ihn zu einem ordentlichen Mittagessen in ihr Haus luden, sondern auch Gönner, die auf sein Talent aufmerksam geworden waren und ihn in seinen Studien förderten. Er wird von den Zeitgenossen geschildert als eine überaus gewinnende Erscheinung, sein »feuriges Auge« wird gerühmt, seine natürliche Begabung des Ausdrucks, des Wortes, der Geste. Er schien zum Redner geboren zu sein. Der Mediziner Joseph Ignaz Schmiderer verschaffte ihm 1825 die Möglichkeit zu einer Reise nach Italien. Und als der Student Buss, sozusagen im Handumdrehen, zwei Preisaufgaben der Philosophischen und der Juristischen Fakultät zur höchsten Befriedigung der Professoren gelöst hatte, war der Weg geebnet zum Studium dieser Fächer und zu den Doktorhüten der Philosophie und beider Rechte.

Auch sein Medizin-Studium konnte er zum Abschluß bringen, in Basel durch eine Dissertation über »Die Idee der anthropologischen Medizin«. Das Thema ist sehr bezeichnend. Die Erkenntnisse, vor allem aber die Art und Weise des Denkens, die ihm von seinen Lehrern in der Wissenschaft vom gesunden und kranken Menschen vermittelt wurden, haben sein Weltbild geprägt, auch in der Politik. Wie mancher andere Philosoph und Staatsdenker seiner Generation, wie etwa Franz von Baader und Adam Müller, sah Buss im organischen Leben und dessen Gesetzen eine Richtschnur auch für das gesellschaftliche Handeln des Menschen, im deutlichen Gegensatz zum cartesianischen Geist der puren Rationalität, der die französische Aufklärung maßgebend bestimmt hatte.

Mit 25 Jahren legte Franz Joseph Buss sein juristisches Staatsexamen »mit Auszeichnung« ab, nach einem kurzen Zwischenspiel in Göttingen und Heidelberg. Er war so etwas wie das Wunderkind der Freiburger Universität, die den Sechszwanzigjährigen habilitierte und den Dreißigjährigen zum Professor der Rechts- und Staatswissenschaften machte.

Freilich, dieser kometenhafte Aufstieg war nicht nach jedermanns Sinn. Die beiden berühmtesten Mitglieder der damaligen Juristen-Fakultät, Karl von Rotteck und Karl Theodor Welcker, die Herausgeber des »Staatslexikons«, die geistigen Führer des südwestdeutschen Liberalismus, gerieten seinetwegen in Streit. Für manchen Kollegen war der junge Mann vom Lande zu rasch emporgestiegen; manchem erschien er zu selbstbewußt, zu sehr von sich und seinem Wissen eingenommen, auch zu querköpfig. Die Fakultät entzweite sich über den Fall Buss und ließ es ihn noch viele Jahre danach fühlen.

Schon damals erwies Buss sich als ein Stein des Anstoßes. Er blieb es bis zum Ende seines Lebens, in den unterschiedlichsten Verhältnissen und Zusammenhängen. Ein »glatter Fall«, ein bequemer Kollege, ein »guter Untertan«, ein sympathisches Temperament war er nie. An der Hochschule nahm man es ihm übel, daß er die Grenzen seines Faches nicht respektierte, aktuelle Fragen aufgriff, weit entfernte Gebiete miteinbezog. Dem Ministerium fiel er auf die Nerven, weil er auf Schlendrian der Behörden hinwies, Vorschläge zur Reform des Studiums einreichte und dabei nicht immer so behutsam und höflich formulierte, wie die Regierung es sich wünschte. Die Sache wurde nicht besser, als der junge Professor sich in die Politik stürzte:

Baden gehörte zu *jenen* Staaten des Deutschen Bundes, die schon früh eine Verfassung und eine Volksvertretung erhielten. Im Jahre 1837 wurde Franz Joseph Buss in seinem Heimatkreis Oberkirch-Gengenbach von 66 der 69 Wahlmänner in die Zweite Kammer des Landtags gewählt. Es waren Bauern und Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende, die er dort zu vertreten hatte; große Unternehmen, Fabriken, Industriearbeiter, Proletarier gab es darunter nicht. Noch ein Vierteljahrhundert später, 1861, waren in Baden nur zwei Prozent der Beschäftigten in der Industrie tätig.

Der Parlamentarier-Neuling Buss überraschte seine Kollegen mit einer großangelegten Rede »Über die mit fabrikmäßigem Gewerbebetriebe verbundenen Nachteile und die Mittel zu ihrer Verhütung«⁴, die er am 25. April 1837 hielt.

Das Ziel dieser Rede war, die Regierung zu einer Reihe zusammenhängender, aufeinander abgestimmter und einander ergänzender Regelungen für das Arbeitsleben zu veranlassen, zu einer Fabrikpolizeiordnung, zu einer Gewerbeordnung, einer Handelspolizeiordnung und zu einem Ackerbaugesetz. Buss hatte erkannt, daß weder ein schrankenloses Wachstum der Industrie noch eine Konzentration von Kapitalien im Handel, weder ängstlicher Schutz überkommener Formen des Landbaus noch forcierte Modernisierung den wirklichen Fortschritt bedeuten konnte, daß dieser vielmehr gesucht werden müsse in einer harmonischen Förderung aller Wirtschaftszweige. Was er verlangte, waren vorausschauende Maßnahmen, vor allem ein Gesamtkonzept für die volkswirtschaftliche Zukunft, für eine vernünftige Nutzung der natürlichen Ressourcen, für ein Wächteramt des Staates.

Buss war nicht der erste Autor, der sich mit den Problemen der Fabrikarbeit und der Industrialisierung befaßte⁵. Franz von Baader, der als Bergbau-Ingenieur mit den harten Tatsachen wohlvertraut war, schrieb schon zwei Jahre zuvor (1835) »Über das dermalige Mißverhältniß der Vermögenslosen oder Prolétaires zu den Vermögen besitzenden Klassen in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller

⁴ Die »Fabrikrede« wurde mehrere Male neu gedruckt, so von Retzbach (s. Anm. 2), von Adolf Geck in »Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung« (Offenburg 1904) mit einem »Geleitwort« von August Bebel sowie dem Bericht über die Beratungen der Kommission der II. Kammer des Badischen Landtags von 1837, schließlich in einer Broschüre des Katholischen Männerwerkes der Erzdiözese Freiburg unter dem Titel »Fabrikrede« (Karlsruhe o. J.).

⁵ Über das Verhältnis der sozialpolitischen Auffassungen von Buss zu denen Franz von Baaders und Robert von Mohls vgl. E. Angermann, Robert von Mohl, *Politica*, Band 8. Neuwied 1962, S. 211–315, bes. ab S. 311; F. Schnabel, der diese Habilitationsschrift betreute, hat auf die Zusammenhänge bereits im IV. Band seiner »Deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert«. Freiburg 1936, S. 204, verwiesen.

als in intellektueller Hinsicht«. Gleichzeitig erschien aus der Feder des liberalen Staatsrechtslehrers Robert von Mohl eine Abhandlung »Über die Nachteile des fabrikmäßigen Betriebes der Industrie«. Beiden Werken, vor allem den Gedanken Mohls, war die »Fabrikrede« des Abgeordneten Buss in vieler Hinsicht verpflichtet. Buss übernahm allerdings eine der Grundideen Mohls *nicht* in sein sozialpolitisches Programm, nämlich die unmittelbare Beteiligung der Arbeiter am Eigentum der Unternehmer; er gab statt dessen einem System der sozialen Vorsorge und der Eigentumbildung mit Hilfe von Sparkassen und Genossenschaften den Vorzug.

Buss ging es vor allem darum, den Gesetzgeber auf die Gefahr der Disharmonie in der Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft (Landbau, Gewerbe, Handel, Industrie) aufmerksam zu machen und ihn hinzuweisen auf seine Pflicht, den zu befürchtenden Nachteilen rechtzeitig, d. h. vorbeugend, entgegenzuwirken, auch dem, was man heute die psychischen und sozialen Kosten des Fortschritts nennt. Die besondere Wichtigkeit der Kommunikationswege stand ihm deutlich vor Augen, ebenso das Problem der ausländischen Arbeiter. Wenn die Wissenschaft tiefgreifende technische Neuerungen bereitstellt, denen die Arbeiter sich nicht rasch genug anpassen können, weil ihnen die dazu nötige Bildung fehlt, sollte nach seiner Auffassung nicht der Fortschritt gebremst, sondern die technisch-fachliche Bildung verbessert werden.

Das Schicksal des Mittelstandes lag Buss besonders am Herzen. Ihn sah er vor allem durch die im Entstehen begriffene »Oligarchie des Geldreichtums« gefährdet, die zur »Absorption der Selbständigkeit« vieler führen müsse. Dabei ging es ihm nicht in erster Linie um die Mittelschicht um ihrer selbst willen, sondern um deren Funktion im Sinne einer verbindenden, tragenden und ausgleichenden Kraft. Was er am meisten fürchtete, war der Auseinanderfall der gewachsenen Sozialstruktur in eine immer reicher werdende kleine Besitzerschicht und einen leicht verführbaren »Fabrikpöbel«.

Was die »Fabrikrede« des Professors Buss, bei aller Zeitbedingtheit mancher Sätze, aus heutiger Sicht besonders auszeichnet, ist die Tatsache, daß sie immer das Ganze im Blick behält: Sie beleuchtet nicht nur die Gefahren einer allzu raschen und unkontrollierten Industrialisierung, sondern betont auch die Vorteile, ja die Notwendigkeit eines zügig vorangetriebenen, durch Gesetze und Vorschriften in die rechte Bahn zu lenkenden Ausbaus des Fabrikwesens. Buss hatte erkannt, daß die Schäden der von ihm befürchteten ungezügelter Expansion nicht allein die Arbeiter treffen würden, sondern alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, auch die – von ihm so genannten – »Fabrikherren«, auch die Bauern, die Gewerbsleute, den Handel, sogar den Staat selbst, schließlich das Volk als ganzes, seine religiöse und kulturelle Substanz.

Daher gehört zu seinen Vorschlägen an die Regierung auch ein weitgreifendes Bildungsprogramm. Die »Fabrikherren« sollten dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Kinder ihrer Arbeiter regelmäßigen Unterricht erhielten. Den Erwachsenen sollten Möglichkeiten zur Weiterbildung angeboten werden. Dabei war sich der ehemalige Hungerstudent Buss sehr wohl darüber im klaren, daß bei einem Arbeitstag von zwölf und vierzehn Stunden allenfalls die Sonntage und die (damals sehr zahlreichen) Feiertage für solche Bemühungen in Betracht kamen.

Kein Geringerer als August Bebel hat das Pionierhafte der »Fabrikrede« von

1837 anerkannt. In einem Geleitwort⁶ zum Neudruck von 1904 schrieb er – und seine weltanschauliche Gegnerschaft zu Buss verleiht diesem Zeugnis ein besonderes Gewicht –: »Man muß Buss zugestehen, er hat in einer für seine Zeit und in an-betracht der Verhältnisse seines Landes tiefgründigen Weise das Wesen der Fabrik-arbeit mit ihren bösen Folgen gekennzeichnet und richtig formuliert.«

Wie haben die Parlamentarier-Kollegen auf das Ereignis, das Epoche hätte machen können, reagiert? Daß der Landtag des Jahres 1837 seine Sternstunde er-kannt hätte, kann man nicht behaupten. Es kam nicht zu einer ausführlichen De-batte, der Antrag des Abgeordneten Buss wurde einer Kommission überwiesen. Trotzdem wäre es falsch, auf einen völligen Mißerfolg zu schließen. Der eigentliche Adressat der »Fabrikrede«, die großherzogliche Regierung, hatte offenbar sehr auf-merksam zugehört. Auch die Kommission muß sich eingehend mit den Vorschlägen befaßt haben, wie aus dem Bericht ihres Vorsitzenden vom 19. Juli 1837 hervor-geht. Zwar lehnte die Kommissionsmehrheit die meisten Vorschläge und Anregun-gen, die Buss ausgesprochen hatte, als unnötig oder schädlich ab, aber die Regierung ließ sich dadurch nicht beeindrucken; knapp drei Jahre später, 1840, legte sie »das erste Aktenstück einer sozialen Gesetzgebung vor«.

Die Gründe, weshalb die Parlamentarier so ungerührt zur Tagesordnung über-gingen, werden bis zu einem gewissen Grade verständlich, wenn man die allgemeine soziale Lage und die besondere Situation dieses Landtages bedenkt: Es waren die Jahre der ersten Eisenbahnen auf dem europäischen Kontinent. In Baden tobte ein erbitterter Streit, ob der Bau der Hauptlinie von Mannheim nach Basel vom Staat bewerkstelligt oder, wie anderswo, von privaten Geldgebern betrieben werden sollte. Jeder Abgeordnete wußte, daß es um ein gigantisches technisches Projekt ging, um die erste durchgehende Eisenbahnstrecke über mehrere hundert Kilometer hinweg, um Ausgaben in früher nicht gekannter Höhe. Die nötigen Vorstudien waren abgeschlossen, die Interessen hatten sich formiert, Handel und Gewerbe er-warteten einen großartigen Aufschwung – und da kam dieser Professor aus dem Elfenbeinturm der Universität, ein Gelehrter, der von alledem keine Ahnung ha-ben konnte, und warnte vor den Gefahren und Nachteilen der Industrialisierung. Dieser Professor mußte sogar selbst zugeben, daß er die von ihm befürchteten Mißstände noch gar nicht mit eigenen Augen gesehen hatte, daß sie im Lande Baden vielleicht nicht einmal existierten, zumindest nicht so kraß und nicht so all-gemein, wie er sie ausgemalt hatte. Was er da heraufbeschwor, waren nicht greif-bare Fakten, sondern gedachte Zustände, wie sie aus weiter fortgeschrittenen Län-dern wie England oder Belgien berichtet wurden, vor denen man sich aber am friedlichen Oberrhein nicht zu fürchten brauchte. Was konnten solche Phantasie-gebilde bedeuten für Volksvertreter, die gerade das großzügigste technische Vor-haben der Zeit, die Eisenbahn durch das Rheintal, diskutieren sollten?

Übrigens war Buss keineswegs ein Gegner des Staatsbahnprojekts, im Gegenteil. Im Landtag von 1838 ging er über die Vorschläge der Regierung noch hinaus und forderte den Bau eines durchgehenden Schienenweges vom Atlantik zur Adria, die Einplanung der badischen Strecken in ein internationales Konzept und die Auf-nahme der dazu nötigen Verhandlungen mit den Nachbarstaaten. Auch damit eilte er seiner Zeit weit voraus. Die Regierung in Karlsruhe fühlte sich schon fortschritt-

⁶ Siehe Anm. 4.

lich genug, weil sie sich als erste in Deutschland zum Bau einer Staatsbahn vom einen Ende des Landes zum andern durchgerungen hatte; sie lehnte es ab, sich auch noch mit dem Plan einer internationalen Anbindung zu belasten.

Der Professor Buss zog aus dem zweimaligen Scheitern im Ständehaus die Konsequenz, legte sein Mandat nieder und wandte sich neuen Aufgaben zu⁷. Es waren die Jahre des Angriffs der »Deutschkatholiken« unter dem schlesischen Kaplan Johannes Ronge, der sich zugleich gegen die Fürstenmacht im Staate und die Bischofsmacht in der Kirche richtete. In der geschichtlichen Rückschau erscheint der »Deutschkatholizismus« als eine Episode ohne größere Bedeutung. Damals hat er die Geister stark bewegt, zumal einige Führer der Liberalen, wie etwa Friedrich Daniel Bassermann in Mannheim, hier die erwünschte politische Verstärkung zu finden hofften – ein Mißverständnis, das man angesichts der Persönlichkeit Ronges kaum begreifen kann.

Buss erkannte, daß die Auseinandersetzung mit diesen Kräften auf dem Felde der Publizistik geführt werden mußte. 1845 machte er aus dem in Freiburg erscheinenden Kirchenblatt ein politisches Organ, das bald auch überregionale Resonanz fand, die »Südteutsche Zeitung für Kirche und Staat«⁸. Drei Jahre lang war er selbst die Seele des Unternehmens, schrieb ungezählte Artikel, warb namhafte Autoren, redigierte und verteidigte das Blatt gegen offene und versteckte Zensur.

Mit Hilfe dieser Zeitung, vor allem aber durch persönliche Agitation von Ort zu Ort sammelte Buss Unterschriften für eine Petition, die dem Landesfürsten deutlich machen sollte, wie wenig das Parlament den Volkswillen repräsentierte. Im Landtag hatte sich, durch ein verfälschendes Wahlgesetz unterstützt, eine seltsame Allianz gebildet, die den »Deutschkatholiken« die rechtliche Gleichstellung mit den großen Kirchen und Anteil am Kirchenvermögen verschaffen wollte. Auf seinen mühsamen Wanderungen durch das Land, auf den Kundgebungen, die er dort hielt, bei den Gesprächen, die er führte, wurde ihm bewußt, welche ungeheure Macht durch die Mobilisierung der Volksmeinung freigesetzt werden kann. Mit dem gewaltlosen Mittel der Massenpetition gelang es ihm, den Großherzog zur Auflösung des Landtags zu bewegen. Das war die große Entdeckung dieser Jahre: daß man mit friedlichen Instrumenten, ohne Gewaltanwendung, sich durchsetzen konnte, wenn man nur das Volk auf seiner Seite hatte.

Im gleichen Jahr 1846 zog Buss wieder in den Landtag ein, noch immer nach dem indirekten Wahlrecht, diesmal der einzige Repräsentant der katholischen Volksmehrheit in der Zweiten Kammer. Der Wahlkreis Hauenstein hatte ihn dorthin entsandt, das eigenwillige Volk am Hochrhein, das sich den nationalkirchlichen Reformbestrebungen Wessenbergs ebenso hartnäckig widersetzt hatte wie den Bedrückungen durch weltliche Obrigkeiten. Die Auseinandersetzungen zwischen der

⁷ Die gelegentlich geäußerte Ansicht, Buss habe sich nach der »Fabrikrede« nicht mehr zur sozialen Frage geäußert, trifft nicht zu. In der (für die Kenntnis seiner inneren Entwicklung besonders aufschlußreichen) Schrift »Über den Einfluß des Christenthums auf Recht und Staat«, zumal in der 138 Seiten umfassenden Einleitung zum allein erschienenen Teil I, werden zahlreiche Probleme der gesellschaftlichen Ordnung behandelt, ebenso in einigen seiner späteren Schriften, vorab in den Berichten über seine Aktionen gegen die Armut und den Hunger während der großen Krisen des letzten Jahrhunderts.

⁸ Vgl. Wilhelm Hubert Ganser, Die Südteutsche Zeitung für Kirche und Staat, Freiburg 1845–1848, Historische Studien, Heft 286. Berlin 1936.

Kirche und dem Obrigkeitsstaat verschärfen sich und lasteten schwer auf seinen Schultern. Der Streit um die gemischten Ehen war hinzugekommen, und wenn auch der Angriff der »Deutschkatholiken« zurückgeschlagen war, so zeichnete sich doch immer deutlicher das Bestreben des Staates ab, die Kirche unter seine Botmäßigkeit zu bringen.

Buss hörte nicht auf, ein liberaler Politiker zu sein. Aber er hatte gelernt, daß ein wirklicher Liberaler zuvörderst die Freiheit der Kirche verteidigen mußte, und zwar ebenso sehr um der Freiheit willen wie um der Kirche willen. Er durfte dem Staat nicht helfen, die freien Kräfte der Gesellschaft zu unterdrücken, weil in und mit der Religionsfreiheit auch die übrigen Grundrechte des Menschen zu retten oder zu verlieren waren.

Dieser Kampf mußte an vielen Fronten zugleich geführt werden. Buss hatte die Armut kennengelernt, am eigenen Leibe und bei seinen Campagnen in Stadt und Land. Er hatte auch das einfache Volk kennengelernt, seine Not, seine Hilfsbereitschaft, seine Anhänglichkeit. So wurde es für ihn zur unumstößlichen Gewißheit: Wo Kirche und Volk sich verbündeten, um Mißstände zu bekämpfen und Verbesserungen durchzusetzen, wurden sie unbesiegbar. Um dieses Bündnis zu ermöglichen, es herzustellen und zu festigen, setzte er die weiteren Jahrzehnte seines Lebens ein.

Die »Südteutsche Zeitung« und die Bürger-Initiative der Massenpetition gegen die »Deutschkatholiken« hatte die Gemüter erregt und die Geister wach gemacht. Jetzt mußte es darum gehen, dem katholischen Volk eine handlungsfähige Organisation zu schaffen. In mühsamer Kleinarbeit wurden überall »Katholische Vereine« ins Leben gerufen, oft in enger Tuchfühlung mit den demokratisch-liberalen Kräften, die damals noch nicht kirchenfeindlich waren und die weithin die gleichen Ziele verfolgten: Rechtssicherheit, Vereinsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit. Der Karlsruher Archivdirektor Franz Josef Mone hatte schon 1843 solche Vereine gefordert, deren »Wirksamkeit durchaus öffentlich sein« müsse. Ein Jahr später hatte Buss in seiner Zeitung einen Programm-Entwurf und Statuten publiziert. Es gab lebhaftige Zustimmung, aber auch heftige Bedenken. Nicht allein die staatliche Obrigkeit blickte mißtrauisch auf solche Bestrebungen, die katholischen Laien zu organisieren; auch das Domkapitel, die Theologische Fakultät und viele Geistliche wandten sich gegen Gründungen außerhalb der formellen Kirchenverfassung. Man hatte damit in der Wessenberg-Zeit schlechte Erfahrungen gemacht. Der Freiburger Erzbischof Hermann von Vicari erkannte jedoch die positiven Möglichkeiten, die in einer solchen Volksbewegung steckten, und gab den Weg für sie frei.

Die Wohnung des Professors Buss in Freiburg wurde zum Mittelpunkt dieser neuen Organisation. An Markttagen kamen die Bauern in sein Haus, um sich Rat und Weisung zu holen. Die Verbindung mit allen Ortsvereinen mußte aufrechterhalten werden. Der ungeheuren Woge guten Willens, die sich in Lande erhoben hatte, mußten vernünftige Ziele gesteckt, erfüllbare Aufgaben gestellt werden. Mehr als einmal geriet Buss in Lebensgefahr, wenn Gegner sich seiner zu bemächtigen suchten. Die Sitten des politischen Kampfes waren rau, wie die Methoden der Auseinandersetzung neu und unerprobt erschienen. Manches Dorf mußte er heimlich verlassen, von bewaffneten Begleitern geschützt.

Als 1848 die Revolution ausbrach, in Baden mit besonderer Heftigkeit, zögerte

Buss keinen Augenblick, sich gegen die Gewalt auszusprechen. In stundenlangen Diskussionen auf der Straße wie im Hörsaal suchte er seine Studenten davon abzuhalten, daß sie sich den Freischaren anschlossen. Die katholischen Vereine rief er auf, sich gegen die Radikalen zu stellen, die sich fälschlich zu Wortführern der Volksmeinung machten. In jedem Ort seien es nur eine Handvoll Radikaler, die die Öffentlichkeit tyrannisierten. »Auch wir wollen die Freiheit«, erklärte er, »aber nicht aus der Hand der Verschwörer, sondern aus dem Gewissen des Volkes!«

Damals konnten ihn manche seiner Mitstreiter nicht mehr verstehen. Hatte er nicht immer für die bürgerlichen Freiheiten gekämpft? Warum sollte nicht jetzt die günstige Gelegenheit des Aufstandes gegen die Staatsgewalt benutzt werden? Würde sie jemals wiederkehren? Würde das Militär später noch einmal bereit sein, mitzumarschieren? Buss blieb seinen Grundsätzen treu. So unerschütterlich er an seinen freiheitlichen Zielen festhielt, so klar verabscheute er den Bürgerkrieg, den er aus alledem entstehen sah. Seine Mittel zur Erreichung dieser Ziele waren anderer Art, er hatte sie ausprobiert und mit ihnen Erfolg gehabt. Ihm schwebte auch nicht der Umsturz der bestehenden Ordnung vor, sondern ihre Verbesserung durch Reformen.

So bemühte er sich, von seinem Wahlkreis am Hochrhein aus eine gewaltlose Volksbewegung in Gang zu setzen, wie zwölf Jahre zuvor. Aber es war zu spät. Der Großherzog holte die preußischen Truppen zu Hilfe, um seinen Thron zurückzugewinnen. Buss wandte sich mit großer Leidenschaft gegen diese Maßnahme, die den Bürgerkrieg erst recht verschärfen mußte. So war keine der beiden extremen Richtungen mit ihm ganz zufrieden.

Inzwischen hatte die Idee der katholischen Vereine in ganz Deutschland einen Siegeszug angetreten. Überall suchte man die neuen Freiheiten zu nutzen, die nach den März-Ereignissen von 1848 gewährt werden mußten. Allein in Baden gab es 400 Ortsvereine, und jedermann wußte, daß Franz Joseph Buss es war, dem sie ihr Entstehen und ihren Zusammenhalt verdankten. Im Blick auf die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, die eine Verfassung für Deutschland auszuarbeiten hatte, ergaben sich neue wichtige Aufgaben. Tausende von Eingaben, Bittschriften, Vorschlägen und Entwürfen wurden formuliert und nach Frankfurt geschickt. Ein erstaunlich großer Prozentsatz dieser Petitionen befaßte sich mit dem Verhältnis von Staat und Kirche, um das in den Ländern so schwer gerungen worden war.

In dieser entscheidungsreichen Stunde wollten auch die katholischen Vereine zusammentreffen und ihre gemeinsamen Ziele formulieren. Das benachbarte Mainz wurde als Ort der Begegnung bestimmt, mit den katholischen Abgeordneten der Paulskirche wollte man enge Verbindung halten. Die Delegierten der Mainzer Generalversammlung, aus der die lange Reihe der deutschen Katholikentage hervorging, wählten Franz Joseph Buss einstimmig zum Präsidenten⁹. Das Protokoll berichtet, Buss habe sich zunächst gewehrt mit dem Argument, er kenne sich zu gut, er taue nicht zu diesem Geschäft, er sei zu kühn, zu rasch, nicht ruhig genug, nicht kühl und gemessen, wie ein Präsident sein müsse. Man beschwor ihn, sich nicht zu

⁹ Julius Dorneich, F. J. Ritter von Buss, der Präsident des 1. Mainzer Katholikentages, und die Anfänge der katholischen Bewegung in Baden. In: Idee, Gestalt und Gestalter des ersten deutschen Katholikentages in Mainz 1848, hrsg. v. Ludwig Lenhart. Mainz 1948, S. 114–132.

verweigern; es gelte hier ja nicht, »entgegenstehende Parteien im rechten Gleichgewicht zu leiten, widerstreitende Ansichten und Bestrebungen klug zu vermitteln«; vielmehr sei ein »mutiges und rücksichtsloses Bekenntnis abzulegen«, »eine große, ganz Deutschland umfassende katholische Volksassoziation ins Leben zu rufen und dadurch der katholischen Überzeugung und dem katholischen Volke die ihm gebührende Stellung im öffentlichen Leben wieder zu erobern«, da sei »nicht ein Geschäftsmann, sondern ein Volksmann am Platze«¹⁰.

Buss hat die Tagung glanzvoll geleitet, er hat den Abgeordneten Wilhelm Emanuel von Ketteler nach Mainz geholt, der dort eine wegweisende Rede über die sozialen Aufgaben der Kirche hielt, ferner zweiundzwanzig weitere Mitglieder der Nationalversammlung, die sich zunächst als passive Beobachter verhalten wollten, dann aber von dem Enthusiasmus der Stunde mitgerissen wurden und sich an den Beratungen intensiv beteiligten. Auf Buss geht auch die Abschluß-Erklärung zurück, die so etwas wie eine Gründungsurkunde der Katholikentage geworden ist, richtungweisend und gültig weit über das 19. Jahrhundert hinaus.

Mit der Mainzer Versammlung war die Krise der deutschen Kirche, die durch die Säkularisierung manifest geworden war, auch nach außen überwunden. Das katholische Volk selbst war an die Stelle der geistlichen Fürsten getreten, um die Belange von Religion und Kirche in die eigenen Hände zu nehmen. Wenige Tage nach der Mainzer Versammlung trat die Bischofskonferenz in Würzburg zusammen, erstmals seit dem Zusammenbruch des Alten Reiches. Noch waren alle Gebiete deutscher Zunge vereint, sowohl bei den Laien wie bei den Bischöfen. Breslau, Regensburg, Linz an der Donau, Mainz, Münster, Wien, Salzburg, Köln, Freiburg und Prag waren die Städte der nächstfolgenden Katholikentage. Für Buss war es ganz selbstverständlich, daß das Deutsche Reich, um dessen Verfassung es in der Paulskirche ging, kein kleindeutsches Reich sein durfte, sondern Österreich miteinschließen müsse.

An den Verhandlungen der Paulskirche nahm Buss nicht von Anfang an teil. Erst bei einer Nachwahl in Ahaus-Steinfurt erhielt er ein Mandat. Sogleich stürzte er sich in den Kampf, vor allem mit dem Ziel, die bereits zerbröckelnde »katholische Fraktion« zu einigen und sie festzulegen auf das großdeutsche Programm. Noch im Erfurter Parlament von 1850 widersetzte er sich entschieden dem Aus-schluß Österreichs aus einem künftigen deutschen Gesamtstaat.

Der deutsche Bruderkrieg von 1866 traf ihn um so härter, als er überzeugt war, daß dem katholischen Volksteil in einem von Preußen geführten Bundesstaat kein glückliches Los beschieden sein würde. Auch scheint Buss gehaut zu haben, welch verhängnisvolle Bahn mit dem kleindeutschen Machtstaat von 1871 beschritten wurde. Der Reichsgründung Bismarcks stellte er keine günstige Prognose, ihren Institutionen hielt er sich zunächst fern. Zu den politischen Schlägen kamen persönliche Erlebnisse und Leiden, die ihn niederdrückten. Der jüngste Sohn, auf den er besondere Hoffnungen gesetzt hatte, wurde von geheimnisvoller Krankheit weggerafft. Er selbst mußte ein Jahr lang Lehramt und Familie verlassen, um sich in psychiatrische Behandlung zu begeben, weil Depressionen und Ängste ihn heimsuchten und seine Antriebskraft lähmten.

Als der Kulturkampf ausbrach, riefen die badischen Katholiken in ihrer Bedräng-

¹⁰ Ebd., S. 114.

nis den alten Haudegen in die politische Arena zurück. Der Wahlkreis Tauberbischofsheim–Wertheim schickte ihn in den Reichstag, der Wahlkreis Achern–Bühl in den Badischen Landtag. In Berlin wie in Karlsruhe tat er sein Bestes, um die Erfahrungen, die er im Laufe eines langen Lebens als Professor, Publizist und Politiker gesammelt hatte, zu verwerten und an Jüngere weiterzugeben.

An Ehrungen, die ihm zuteil wurden, fehlte es nicht. Kaiser Franz Josef erhob den Schneiderssohn aus Zell in den erblichen Adelsstand, der Großherzog von Baden verlieh ihm den Titel Hofrat, der Papst sandte den Gregorius-Orden. Aber vielleicht hat er sich am meisten darüber gefreut, daß zwei Tiroler Dörfer, für deren Wiederaufbau nach einer verheerenden Brandkatastrophe er Geld gesammelt hatte, ihn zu ihrem Ehrenbürger machten.

Buss hatte Humor und Selbsterkenntnis genug, um auch herbe Kritik zu ertragen und nutzbringend zu verarbeiten. Daß der Rechtslehrer und Mitbegründer der »Historisch-Politischen Blätter«, Karl Ernst Jarcke, von ihm sagte: »Er ist ein gefährlicher Narr« mag ihm eher geschmeichelt als ihn geärgert haben.

Bis zum Ende seines Lebens blieb der Professor Buss als Lehrer, Ratgeber und väterlicher Freund seiner Studenten tätig, mehr als ein halbes Jahrhundert lang. Er war auf dem Weg zur Vorlesung, als der Tod ihn ereilte. Das Thema der Vorlesung: Über das Friedhofsrecht.

Das Leben, das damit zu Ende ging, war bis zum Rande gefüllt gewesen mit Aktivitäten auf den verschiedensten Gebieten, mit überraschenden Initiativen, plötzlichen Entschlüssen, kühnen Unternehmungen, Erfolgen und Niederlagen. Es war aber auch ein Leben mit Widersprüchen und Gegensätzen. Aus einem frommen Elternhaus stammend, war der junge Buss auf dem Gymnasium zum Freigeist geworden, zum Verächter von Religion und Kirche. Es gibt Gedichte von ihm, die in ihrem ätzenden Spott nicht zurückbleiben hinter den Versen, die Görres während seiner Zeit auf dem kurfürstlichen Gymnasium in Koblenz schrieb. Je tiefer er jedoch in die Wissenschaften eindrang, um so deutlicher erwies sich ihm die rationalistische Aufklärung seiner Lehrer als ein Irrweg; mit etwa dreißig Jahren hatte er zur Religion seiner Kindheit zurückgefunden, auf einem neuen geistigen Niveau, in einem tieferen Verständnis, das in den Feuern der zeitgenössischen Kritik und des eigenen Zweifels sich geläutert hatte.

Der Tiroler Benediktiner Beda Weber, der ihn in der Paulskirche beobachtet hatte, berichtet über seine Auftritte in der Nationalversammlung: »Der Schlagwörterreichtum ist bei Buss so groß wie bei der linken Seite der Paulskirche, aber bei weitem naturwüchsiger und frischer. Man fühlt, er hat eine Schule durchgemacht, die ihn erst nach langen Kämpfen auf den heutigen Standpunkt gestellt hat. Er trägt noch die Narben eigener Leidenschaft und die Spuren zerbrochener Spieße seiner Gegner. Und gerade dieses Gefühl der leidenschaftlichen Stürme, die um ihn gebräust und um seine Seele verhängnisvoll gewürfelt, macht ihn interessant, tief eindringlich.«¹¹

So ist Franz Joseph Buss gewiß eine der farbigsten und lehrreichsten Gestalten des deutschen Katholizismus, ein Pionier der Bürger- und Kirchenfreiheit, eine Symbolfigur für die langjährige, glückliche Weggemeinschaft von katholischer Erneuerung und demokratisch-liberaler Volksbewegung im 19. Jahrhundert.

¹¹ Beda Weber, Charakterbilder. Frankfurt a. M., 1853, S. 402.